

DIE LINKE. Brandenburg
Beschluss der 2. Tagung des 5. Landesparteitages
Potsdam, 26. März 2017

Mindestausbildungsvergütung realisieren

DIE LINKE Brandenburg setzt sich für die Belange von Auszubildenden ein und unterstützt die Auszubildenden im Kampf um ihr Recht auf eine existenzsichernde Bezahlung. Gesetzlich geregelt ist bisher lediglich, dass Azubis Anspruch auf eine Vergütung in "angemessener Höhe" haben. In der Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn wurden Azubis leider nicht beachtet.

Eine Mindestausbildungsvergütung ist dabei auch ein Instrument gegen regional bedingte Ungleichheit, sowie für mehr Gleichstellung der Geschlechter.

Wir fordern die Landtagsfraktion daher dazu auf, sich für die Initiierung einer Bundesratsinitiative für eine Mindestausbildungsvergütung auf Bundesebene einzusetzen.

Des Weiteren fordern wir den Landesvorstand der LINKEN Brandenburg auf, sich für die Aufnahme der Mindestausbildungsvergütung in das Bundeswahlprogramm einzusetzen.

Weiterhin fordern wir den Landesvorstand der LINKEN Brandenburg dazu auf, gemeinsam mit der linksjugend [solid] Brandenburg und den Gewerkschaftsjugendlichen in einem Dialogprozess ein Konzept zur Umsetzung einer existenzsichernden Mindestausbildungsvergütung in Brandenburg zu erarbeiten, dieses auf dem nächsten Landesparteitag vorzustellen und darüber hinaus weitere Schritte zur Verbesserung der Situation von Auszubildenden zu diskutieren.

Langfristig will DIE LINKE Brandenburg eine existenzsichernde Bezahlung für Auszubildende umsetzen. Dabei sind flächendeckende Tarifverträge das Mittel der Wahl.